

Montag, 16. Juli 2012

Offener Brief an den Bundesvorstand der Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesvorstand der Grünen hat beschlossen, in Sachen Endlagersuchgesetz aufs Tempo zu drücken (<http://bit.ly/Mb4MFa>). Geht es nach der Parteispitze, soll das Gesetz direkt nach der Sommerpause im September im Bundestag beschlossen werden. Entsprechend schnell sollen die Verhandlungen mit den anderen Parteien zum Abschluss gebracht werden.

Sie begründen ihre Eile damit, dass eine Verzögerung der Entscheidung zu Lasten von Gorleben und den dort betroffenen Menschen gehen würde.

Leider hat der Bundesvorstand der Grünen nicht einmal gefragt, ob die Menschen vor Ort das eigentlich auch so sehen.

Wir stellen fest: Ein unausgeglichenes Gesetz, das derart viele Konstruktionsmängel enthält wie die bislang bekannt gewordenen Verhandlungsergebnisse; ein Gesetz, das dazu benutzt werden kann, den Standort Gorleben entgegen aller gravierenden geologischen und verfahrenstechnischen Mängel durchzusetzen; ein Gesetz, das von wenigen Parteienvertreter/innen in Hinterzimmern und Küchengesprächen ausgehandelt wurde, ein solches Gesetz ist nicht im Interesse der Menschen der Region um Gorleben.

Ein über die Sommerpause festgeklopftes Gesetz ist auch nicht im Interesse der Gesellschaft, die darauf angewiesen ist, einen breit getragenen Umgang mit dem Atommüll-Problem zu finden. Wer dieses Gesetz so schnell beschließen will, der handelt zu Lasten von Gorleben und zu Lasten einer einvernehmlichen Lösung der Atommüll-Frage.

Wir sagen es ganz deutlich: Wir wollen nicht als Begründung für eine Politik missbraucht werden, die genau das Gegenteil dessen bewirkt, was sie zu leisten vorgibt!

Wer es besser machen will als in den vergangenen 35 Jahren, wer es mit dem immer wieder postulierten Neustart wirklich ernst meint, der muss sich die Zeit nehmen, zu einem echten gesellschaftlichen Konsens in der Atommüll-Frage zu kommen. Entscheidend ist dabei, dass die Bevölkerung Vertrauen in das Verfahren und die Akteure gewinnt. Nur dann wird das Verfahren zum Erfolg führen.

Leider wird in Berlin mit Beteiligung der Grünen intensiv daran gearbeitet, das schon reichlich vorhandene Misstrauen weiter zu mehren. Die Verhandlungen sind an Intransparenz nicht zu überbieten. Die jetzt ausgegebene Maxime „Eile statt Qualität“ wird endgültig dafür sorgen, dass das Neustart-Projekt scheitert, weil die Bevölkerung nicht mitgenommen wird.

Von Trittin bis Altmaier gehen alle Beteiligten offenbar davon aus, dass eine Einigung der Parteien für ausreichende Legitimität sorgt, um den Konflikt um die strahlenden Hinterlassenschaften des Atomzeitalters befrieden zu können. Dabei haben sie die Bevölkerung, die Betroffenen ihrer Politik, vollkommen aus den Augen verloren und ignorieren wesentliche Forderungen aus der Zivilgesellschaft:

- nach einer nationalen Atommüll-Debatte,
- nach einem gesellschaftlichen Konsens über das Suchverfahren für die am wenigsten schlechten Methode zur Lagerung von Atommüll

- nach Transparenz, Beteiligung und Mitbestimmung, und zwar vor Festlegung des Verfahrens
- nach rechtlichen Kontrollmöglichkeiten über die Sorgfalt des Verfahrens.

Ein Symposium in der Sommerpause kann diese berechtigten Forderungen unmöglich erfüllen. Es dient lediglich dazu, Beteiligung zu simulieren, nach dem Motto „Die Betroffenen dürfen auch mal was sagen.“

So entsteht kein Vertrauen. Diejenigen, bei denen der Atommüll irgendwann vor der Haustür gelagert werden soll, weil ihr Ort der am wenigsten schlechte ist, werden so nicht bereit sein, das Risiko auch tatsächlich auf sich zu nehmen.

Die Parteien wiederholen mit ihrer intransparenten Eilverhandlung zum Endlagersuchgesetz jetzt genau das, was in den 35 Jahren des Gorleben-Konfliktes schiefgegangen ist. Offensichtlich trauen sie weder sich selbst noch der Bevölkerung zu, die notwendige Verantwortung für die Suche nach einem Atommüll-Lager aufzubringen.

Nein, wir wollen kein Symposium in der Sommerpause, von dem uns niemand sagen kann, welche Relevanz die Ergebnisse überhaupt haben werden. Wir wollen eine gesamtgesellschaftliche Atommüll-Debatte. Dafür braucht es Zeit. Der pluralistisch mit atomkritischen und atomfreundlichen Wissenschaftlern besetzte „Arbeitskreis Endlager“ (AK End) empfahl schon vor zehn Jahren, *„vor der Suche nach einem Endlager einen gesellschaftlichen Diskurs durchzuführen, in dem die relevanten Interessengruppierungen und die allgemeine Öffentlichkeit einen Konsens über den Weg zur Auswahl eines Endlagerstandortes erarbeiten. Der AK End erwartet, dass das Ergebnis dieses Diskurses politisch und rechtlich festgelegt wird, um so dem Verfahren ein Höchstmaß an Legitimität zu geben.“*

Der AK End ging davon aus, dass die ernstzunehmende Beteiligung wesentlicher gesellschaftlicher Kräfte bei der Diskussion um ein Suchverfahren für die Atommüll-Lagerung mindestens ein bis zwei Jahre dauern wird. Eine sinnvolle Investition, die am Ende viel mehr Zeit sparen wird als sie kostet, und die für das Gelingen dieser Jahrtausendaufgabe unerlässlich ist. Peter Altmaier sagte zur Bürgerbeteiligung beim Netzausbau: *„Wenn es besonders schnell gehen soll, muss man sich besonders viel Zeit nehmen und man muss auf die Menschen zugehen, muss mit ihnen diskutieren.“* Um wie viel mehr muss dies bei der Atommüll-Frage gelten!

Wir sind bereit dazu, uns an dieser Diskussion zu beteiligen und unsere Erfahrungen einzubringen. Dieses Angebot zur Zusammenarbeit kommt von denjenigen, die bisher bei jedem Castor-Transport Proteste organisiert haben – damit besteht eine wirkliche Chance für einen gesellschaftlichen Konsens. Wer darüber hinweg geht, sorgt schon heute für die Konflikte der Zukunft.

Es liegt in den Händen derer, die derzeit in den Bund-Länder-Gesprächen über die Atommüll-Frage verhandeln, ob die Suche nach einem Lagerplatz in Zukunft mit oder gegen die Anti-Atom-Bewegung, mit oder gegen die betroffene Bevölkerung organisiert wird. Und wir sagen es ganz deutlich: Wie es bisher läuft, führt es zu einem klaren Gegeneinander.

Wir sind tief enttäuscht über das Vorgehen der beteiligten Parteien. Besonders enttäuscht uns nun der Beschluss des Bundesvorstands derjenigen Partei, die immer wieder von sich sagt, sie stünde an der Seite der Atomkraftgegner/innen und speziell der Menschen im Wendland.

Die Behauptung, das Zeitfenster für die Arbeit am Endlagersuchgesetz würde demnächst geschlossen, ist eigentlich eine Bankrotterklärung der Politik. Denn sie bedeutet nichts anderes, als dass sich die Parteien selbst in der Atommüllfrage die Fähigkeit absprechen, auf

parteistrategische Machtspiele zu verzichten und auch in Wahlkampfzeiten gute und verantwortungsvolle Politik zu machen

Ist das wirklich ernst gemeint? Können wir von den Parteien tatsächlich nicht mehr erwarten? Bedeuten den Grünen die eigenen Parteitagsbeschlüsse nichts?

„Erst die breite Beteiligung aller, die an Entscheidungen teilhaben wollen, bringt die Vielfalt an Ideen, Perspektiven und Möglichkeiten auf den Tisch, die für die besten Lösungen nötig ist. Ein Auskugeln hinter verschlossenen Türen hingegen begünstigt die Vorteilnahme Einzelner und führt zur Frustration der Vielen.“ Das hat die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im November 2011 zum Thema Bürgerbeteiligung beschlossen.

Wir werden Euch daran messen.

Eine Nachbemerkung: Anlass dieses Briefes ist der Beschluss des grünen Bundesvorstands und deshalb richtet er sich in erster Linie an die Grünen. Aber wir schreiben dies auch allen anderen beteiligten Parteien ins Stammbuch. So fordern wir von der Bundesregierung und der niedersächsischen Landeregierung einen unverzüglichen und vollständigen Bau- und Erkundungsstopp in Gorleben und einen Abbruch der „Vorläufigen Sicherheitsanalyse“ als vertrauensfördernder Schritt auf die Betroffenen zu, auch wenn das neue Gesetz noch nicht beschlossen ist.

Unterzeichner/innen aus dem Gorleben-Widerstand:

Martin Donat, Wolfgang Ehmke
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Asta von Oppen
Rechtshilfe Gorleben

Wolf-Rüdiger Marunde
Bäuerliche Notgemeinschaft

Jan Becker
ContrAtom

Jochen Stay
.ausgestrahlt

Dieser Offene Brief aus dem Wendland wird von folgenden überregionalen Organisationen unterstützt:

BUND, Bundesverband
Campact – Demokratie in Aktion
Naturfreunde Deutschlands, Bundesverband
Robin Wood